

Israel erweitert wieder Fischereizone in Gaza



REUTERS/JOHANNES SALEN

Tel Aviv. Israel weitet die Zone, in der Palästinenser vor dem Gazastreifen fischen dürfen, wieder aus. Fischer dürften nun wieder 15 Seemeilen (rund 28 Kilometer) weit hinaus aufs Meer fahren, sagte ein Sprecher der zuständigen Behörde Cogat am Mittwoch. Zudem dürften 2.000 Geschäftsleute wieder nach Israel einreisen. Laut israelischen Medien bemühen sich Israel und die im Gazastreifen herrschende Hamas aktuell verstärkt um eine Waffenruhe. Allerdings teilte die israelische Armee am Mittwoch mit, Soldaten seien von einer Heckenschützeinheit des Islamischen Dschihad aus dem Küstengebiet heraus beschossen worden. Es habe keine Verletzten gegeben. Israel habe daraufhin das Feuer erwidert. Von Seiten des Islamischen Dschihad hieß es, ein Palästinenser sei dabei verletzt worden. Die Schützen hätten auf eine Kamera der israelischen Armee auf dem Grenzzaun gezielt und diese beschädigt. (dpa/iw)

Opposition blockiert slowakisches Parlament

Bratislava. Sechs slowakische Oppositionspolitiker haben am Mittwoch ihre Parlamentsblockade fortgesetzt. Sie verhinderten damit erneut den Beginn einer Sondersitzung des Parlaments. Die liberalen Abgeordneten begründeten ihren Protest damit, dass sie die Sitzung kurz vor den Neuwahlen am 29. Februar für ungesetzlich hielten, da die Regierung Ausgaben beschließen wolle, die erst das nächste Kabinett zu finanzieren hätte. Die Torte, die zu Beginn der Aktion am Dienstag auf das Rednerpult gestellt worden war, soll eine symbolische »Hochzeitsgratulation« zur »Vermählung« der regierenden Sozialdemokraten mit der extrem rechten »Volkspartei Unsere Slowakei« (LSNS) sein, wie die Besetzer erklärten. Die kurzfristig einberufene Sondersitzung war nur dank der Zustimmung der LSNS möglich geworden. (dpa/iw)

Prozess in Türkei gegen Menschenrechtler vertagt

Istanbul. Der Prozess gegen Peter Steudtner und zehn weitere Menschenrechtler ist überraschend vertagt worden. Nächster Verhandlungstermin ist der 3. April, entschied das Istanbul Gericht im Viertel Caglayan am Mittwoch. Eigentlich war ein Urteil erwartet worden. Die Angeklagten waren Anfang Juli 2017 bei einem Workshop auf der Insel Büyükkada vor der Küste Istanbuls unter Terrorverdacht festgenommen worden. Zu Prozessbeginn im Oktober 2017 kamen alle frei. (dpa/iw)

Reaktionäre Regierungsagenda

Großbritanniens konservative Führung tritt immer unverblümt auf. Rassismus und Abschottung an der Tagesordnung. **Von Christian Bunke, Manchester**

Im Januar lachte man vielerorts über eine Stellenausschreibung von Dominic Cummings, dem Chefberater des britischen Premierministers Boris Johnson. Darin rief er »Außensteiter und Verrückte« auf, sich für einen Job in der Downing Street Nr. 10 zu bewerben. Inzwischen ist ein klareres Bild entstanden, an was für Leute sich der Aufruf richtet: Gesucht werden Rassisten, Frauenfeinde und Eugeniker.

Seit Anfang der Woche steht in den britischen Medien ein gewisser Andrew Sabisky im Rampenlicht. Er wurde scheinbar als Experte für geopolitische Vorhersagen angeheuert. In seiner Freizeit tritt er als Hobbyeugeniker auf. So verfasste er einen Gastbeitrag für den Blog von Cummings, in welchem er »Zwangsvorhütung« forderte, um »das Problem ungeplanter Schwangerschaften, welche zu einer permanenten Unterschicht führen«, zu »umgehen«.

Diese Aussage ist kein Einzelfall. Im Jahr 2016 gab er dem Magazin *Schools Week* ein Interview, in welchem er die Meinung vertrat, bei Eugenik gehe es darum »für« die Auswahl »guter Dinge« zu sorgen, denn »Intelligenz ist weitgehend vererbt und korreliert mit besseren Ergebnissen: körperliche Gesundheit, Einkommen, geringere Risiken für psychische Erkrankungen.« Hinzu kommt laut der *Financial Times* vom Dienstag Rassismus: 2014 soll er in Onlineforen über den angeblich niedrigeren Intelligenzquotienten von Menschen mit schwarzer Hautfarbe im Vergleich zu Weißen geschrieben haben. Schwarze seien oft »an der Grenze mentaler Zurückgebliebenheit.« Es ist somit kein Wunder, dass britische Neofaschisten von Organisationen wie der mittlerweile verbotenen »National Action« inzwischen zum Eintritt in die Konservative Partei aufrufen.

Völlig neu ist das aber nicht. In den frühen 2000er Jahren war es ein offenes Geheimnis, dass zahlreiche Konservative gleichzeitig ein Parteibuch



Schon während der »Brexit«-Kampagne verhasst: Premier Johnson und sein Berater Cummings (London, 4.9.2019)

bei der faschistischen British National Party hatten. Die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher pflegte regelmäßigen Kontakt zu führenden Köpfen der europäischen »neuen Rechten« und war dem chilenischen Diktator Augusto Pinochet eng verbunden. Der heutige Premier Johnson schrieb schon 2002 Zeitungsartikel, in welchen er sich über das »Wassermelonengrinsen« schwarzer Menschen lustig machte.

Derlei reaktionäres Gedankengut ist untrennbar mit der Regierungsagenda verbunden. Sozialpolitischer Populismus wird mit verstärkten Angriffen auf Menschen am unteren Rand der Gesellschaft sowie auf Minderheiten verknüpft. So stellte Innenministerin Priti Patel am Dienstag das neue Einwanderungskonzept der Regierung vor. Hierbei handelt es sich um ein

dem australischen Beispiel nachempfundenes Punktesystem. Einwanderer müssen ein Mindesteinkommen von 20.480 Pfund (etwa 24.600 Euro) pro Jahr (für die volle Punktzahl 25.600 Pfund), englische Sprachkenntnisse sowie eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können. Die Regierung möchte so die Einwanderung von Arbeitskräften, die zu Niedriglöhnen arbeiten müssen, unterbinden. »Jetzt müssen die Arbeitgeber höhere Löhne zahlen, wenn sie Leute anstellen wollen«, wurde Johnson am selben Tag von der Tageszeitung *Daily Mail* zitiert.

Daneben plant Innenministerin Patel ein Gesetz zur Kriminalisierung des »fahrenden Volkes«. Wer künftig ohne Erlaubnis mit einem Wohnwagen an einem Ort parkt, soll sofort verhaftet, das Eigentum sowie Fahrzeuge

betroffener Personen enteignet werden können.

Sabisky hat inzwischen seinen Job in der Downing Street aufgegeben. Er wolle Schaden von der Regierung abwenden, außerdem habe er besseres zu tun, wurde er von verschiedenen Medien am Dienstag zitiert. Für Johnson und seinen Berater Cummings ist das nur ein kleiner Rückschlag. Schon in der vergangenen Woche errangen beide mit dem erzwungenen Rücktritt von Finanzminister Sajid Javid einen wichtigen Coup. Javid trat zurück, weil er seinen Beraterstab nicht der Kontrolle Cummings unterstellen wollte. Der neu eingesetzte Finanzminister Rishi Sunak kann damit offenbar leben. Er will am 10. März einen Staatshaushalt vorstellen, der voll und ganz Johnsons Handschrift tragen wird. Die Zentralisierung der Regierung schreitet voran.

Journalisten mundtot machen

Österreich: ÖVP und Wochenzeitung *Falter* streiten vor Gericht wegen entlarvenden Berichts

Die österreichische Wochenzeitung *Falter* reibt sich gerne an den Mächtigen der Republik. Vergangenen September, mitten im Wahlkampf, machte das Blatt interne Dokumente der ÖVP öffentlich – dagegen klagte die Partei von Kanzler Sebastian Kurz. Am heutigen Donnerstag treffen sich die beiden Kontrahenten vor dem Handelsgericht.

Die Dokumente, die dem *Falter* zugespielt worden waren, sollen belegen, dass die ÖVP sowohl im Wahlkampf 2017 als auch 2019 eine Art doppelte Buchführung praktizierte. Um die zulässigen Kostenobergrenzen nicht zu überschreiten, berichtete die Zeitung, seien etwa Werbegeschenke oder Imagevideos nicht als Wahlkampfmittel verbucht, sondern als allgemeine Kosten geführt worden. Außerdem gehe aus den Dokumenten hervor, dass die ÖVP bereits im Vorhinein damit kalkuliert hatte, die Obergrenze zu überschreiten, die Öffentlichkeit also bewusst in die Irre führte.

Die Reaktion folgte auf dem Fuß: Da die veröffentlichten Interna nur

durch einen Hackerangriff auf die Parteizentrale überhaupt an die Öffentlichkeit gelangen konnten, würde der *Falter* »entweder (unwissentlich) falsch« oder »(wissentlich) manipulativ« berichten. Die ÖVP klagte auf Unterlassung und forderte die Redaktion zum Widerruf der veröffentlichten Behauptungen auf. Interessant an dem an den *Falter* adressierten Schreiben ist, dass die ÖVP in der Öffentlichkeit zwar stets die Echtheit der veröffentlichten Dokumente in Zweifel zog – in der Klage selbst findet sich darüber allerdings kein Wort. Dort heißt es nur, die Zeitung solle die formulierten Behauptungen zurücknehmen.

Gegenüber der Nachrichtenagentur APA betonte *Falter*-Anwalt Alfred Noll Ende vergangener Woche, dass die Wertungen zulässig seien, da sie »vor dem Hintergrund eines unstrittig tatsächengemäßen Berichts« getroffen wurden. Dass die ÖVP im Wahlkampf 2017 deutlich mehr ausgegeben hat als zulässig, musste sie bereits zugeben. Im Januar folgte eine Geldstrafe von 800.000 Euro, verhängt durch den Un-

abhängigen Parteientransparenzenat. »Selbstverständlich« werde man diese Strafe zahlen, so die ÖVP damals. Die Abrechnung der Wahlkampfkosten aus dem Jahr 2019 liege laut Partei noch nicht vor.

Nachdem Kurz 2017 die ÖVP übernommen hatte, änderte sich auch die Kommunikationsstrategie der Volkspartei gravierend. Aus der einstigen Parteifarbe Schwarz wurde Türkis, aus der Partei nunmehr eine Bewegung. »Zeit für Neues« war von da an auf allen ÖVP-Plakaten zu lesen, einer Partei, die seit 1945 so gut wie jede Regierung stellte, wohlgebetet. »Neu« war vor allem die Mutation zu einer One-Man-Show, bei der sich alles um die Person Sebastian Kurz drehte.

Für Journalistinnen und Journalisten bedeutet das seither, regelmäßig Telefonate von aufgebracht Partei-sprechern entgegennehmen zu dürfen, sobald die Berichterstattung deren Meinung nach die ÖVP in einem falschen Licht darstellt. Und dass eben nicht mehr alle Medien – wie beim

Falter geschehen – zu Hintergrundgesprächen mit dem Kanzler geladen sowie Rückfragen auf Pressekonferenzen nicht mehr zugelassen und allgemein nur dann Informationen an Medien gespielt werden, wenn die ÖVP es für zweckdienlich erachtet. Zu einer PR-Spezialität der Partei zählt das regelmäßige Werfen von medialen Nebelkerzen. Als »Türkis-Blau« im Juni 2018 den Zwölfstundentag durchpeitschte und damit von sämtlichen Seiten heftige Kritik erntete, luden ÖVP und FPÖ schleunigst zur Pressekonferenz, um die Schließung von acht vermeintlich gefährlichen Moscheen zu verkünden – die dann so gefährlich auch wieder nicht waren, wie sich später herausstellte.

Dass der *Falter* zukünftig einen sanftmütigeren Ton im Umgang mit der ÖVP anstrebt, ist indes nicht zu erwarten. In der Ausgabe vom gestrigen Mittwoch analysiert *Falter*-Redakteurin Barbara Tóth unter dem Titel »Einmal Diskurs zertrümmern, bitte« die Medienstrategie der Volkspartei.

Johannes Greß, Wien